



"Es ist überaus wichtig für Europa, in den südlichen Mittelmeerländern aktiv und sichtbar zu sein"



Autor : Jean-Pierre Filiu

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht in ihrer Reihe "Entretien d'Europe" ein Interview mit Jean-Pierre Filiu, Professor an der Universität Sciences Po (Paris), über die aktuellen Entwicklungen in mehreren Mittelmeeranrainerstaaten. Jean-Pierre Filiu hat soeben im Verlag Fayard ein neues Buch mit dem Titel "Le nouveau Moyen-Orient. Les peuples à l'heure de la révolution syrienne" veröffentlicht.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Balkan - TV-Sendung **Wahlen** : Armenien - Zypern - Italien
Finanzkrise : Aussichten/Kommission - Spanien - Zypern - Großbritannien - Portugal
Kommission : Binnenmarkt - Gesundheit - Handel **Parlament** : Haushaltsdisziplin -
Banken - Verteilung/Sitze **Rat** : Wettbewerb - Energie - Patent -
Landwirtschaft/Fischerei **Diplomatie** : Mali/Syrien - Nordstaaten
Deutschland : Europa - Haushalt/EU - Film **Bulgarien** : Rücktritt
Frankreich : Griechenland - Banken - Landwirtschaft **Lettland** : Eurozone?
Polen : Fiskalpakt - Regierungsumbildung - Visegrad **Eurostat** : Ukraine
Eurobarometer : Parlament - Bürgerschaft **Berichte/Studien** : Italien - Waffen
Veröffentlichungen : Wettbewerb **Kultur** : Bacon/Brüssel - Museum/Wien -
Chagall/Nizza - Ausstellung/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Die Krise und Herausforderungen für die Erweiterung in Richtung Balkanstaaten



Das französische Institut in Skopje veranstaltet mit Unterstützung der Robert Schuman Stiftung einen Konferenzzyklus zum Thema "Die Krise und die Beitrittskandidaten der Europäischen Union". Die erste Konferenz, die am 1. März 2013 stattfinden wird, widmet sich den Hintergründen für die Entstehung der Krise ("Pourquoi la crise?"). Frank Lirzin, Wirtschaftsspezialist der Robert Schuman Stiftung mit den Schwerpunkten Währungspolitik, europäische Wirtschaft und Makroökonomie, wird das Thema mit politischen Persönlichkeiten aus der mazedonischen Politik diskutieren... [Fortsetzung](#)

"Ici l'Europe" mit Victor Ponta



Im Rahmen der Partnerschaft der Robert Schuman Stiftung mit der französischen Sendergruppe "Audiovisuel extérieur de la France (AEF)" zeigt die Stiftung auf ihrer Internetseite die aktuelle Ausgabe der

Sendung "Ici l'Europe" mit Victor Ponta als Studiogast, dem Premierminister Rumäniens. Victor Ponta zeigte sich zufrieden über die Aussage Frankreichs, dass es sich bei den Betrugsfällen aufgrund nicht deklarierten Pferdefleisches nicht um betrügerisches Handeln Rumäniens, sondern französischer Unternehmen gehandelt habe. Nachdem Ponta letzten Sommer versucht hatte, den Präsidenten Rumäniens Basescu aus dem Amt zu vertreiben, erklärte er nun diesbezüglich, dass dieser nicht sein Freund sei, dass sich die Beziehung jedoch beruhigt hätte und die EU weniger beunruhigen müsse... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Armenischer Präsident im 1. Wahlgang wieder gewählt



Der bisherige Amtsinhaber und Präsident Albanien, Serzh Sarkisian (Republikanische Partei, HHK) ist im 1. Wahlgang der armenischen Präsidentschaftswahlen am 18. Februar 2013 erneut zum Präsidenten gewählt worden. Er kam auf 58,64% der Stimmen und liegt somit vor Raffi Hovannisian, Vorsitzender der Erbe-Partei (Zharangutiun, Z), die von der Sozialistischen Arbeiterpartei (HASK) unterstützt wird (unter Führung von Moses Shahverdian). Hovannisian kam auf 36,75% der Stimmen. Die fünf übrigen Kandidaten erreichten jeweils weniger als 3% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,09% und damit um 9,16% niedriger als die Beteiligung im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 19. Februar 2008... [Fortsetzung](#)

Nicos Anastasiades, neuer Präsident Zyperns



Der Vorsitzende der Partei Demokratische Versammlung (DISY), Nicos Anastasiades, der von der Demokratischen Partei (DIKO) unterstützt wird, hat am 24. Februar 2013 im 2. Wahlgang die Wahlen zum neuen Präsidenten Zyperns gewonnen. Nicos Anastasiades erhielt 57,48% der Stimmen; er lag somit vor dem ehemaligen Gesundheitsminister (2011-2012) des Landes, Stavros Malas (Fortschrittliche Arbeiterpartei - AKEL), der 42,52% der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 81,58% und somit um 9,26% niedriger als im 2. Wahlgang der letzten Wahlen am 17. und 24. Februar 2008. Nicos Anastasiades wird am 1. März 2013 offiziell sein Amt antreten und nach Demetris Christofias neuer Präsident Zyperns werden... [Fortsetzung](#)

Wahlergebnisse in Italien



In Italien scheinen sich nach den Wahlen am 24. und 25. Februar 2013 die schlimmsten Befürchtungen zu bewahrheiten. Die linke Koalition unter Pier Luigi Bersani konnte 29,54% der Stimmen gewinnen und kommt damit auf 340 Sitze im Abgeordnetenhaus. Sie liegt nur knapp vor der rechten Koalition unter Führung Silvio Berlusconis, die 29,18% der Stimmen und damit 124 Sitze gewann. Im Senat gewann ebenso die linke Koalition mit 31,63% der Stimmen und 113 Sitzen, allerdings ist der Vorsprung hier zu gering, um eine Mehrheit zu erlangen - die rechte Koalition kommt auf 30,72% der Stimmen und damit auf 116 Sitze. Die Fünf Sterne Bewegung unter Beppe Grillo konnte 25,55% der Stimmen und damit 108 Sitze im Abgeordnetenhaus gewinnen, im Senat kommt sie auf 23,79% der Stimmen und auf 54 Sitze. Die Zentrumskoalition unter Mario Monti landete auf dem 4. Platz mit 45 Sitzen im Abgeordnetenhaus und mit 18 Sitzen im Senat. Die Koalition der Bürgerlichen Revolution unter Antonio Ingroia konnte die 10%-Hürde nicht erreichen und wird somit nicht im Parlament vertreten sein... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Wachstumsaussichten immer noch schwach laut Europäischer Kommission



Am 22. Februar 2013 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Wirtschaftsprognose. In ihrem Bericht spricht die Kommission von einer "enttäuschenden" Entwicklung für die europäische Wirtschaft, trotz der Verbesserungen an den Finanzmärkten. Laut Kommission wird der wirtschaftliche Aufschwung in erster Linie auf höheren Exportzahlen und verstärkter Binnennachfrage basieren (für 2013 wird ein Wachstum in Höhe von 0,1% prognostiziert). Für 2013 geht die Kommission von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 11,1% in der EU und auf 12,2% in der Eurozone aus. Die Inflation wird voraussichtlich zurück gehen und 1,7% bzw. 1,5% erreichen. Laut

Kommission besteht jedoch weiterhin das Risiko, dass die Wachstumsprognose nochmals nach unten korrigiert werden muss... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rede Mariano Rajoys zur Lage Spaniens



Am 20. Februar 2013 verteidigte der spanische Regierungschef Mariano Rajoy in einer Rede zur Lage Spaniens vor den Abgeordneten des Parlaments die Sparmaßnahmen, die seit seiner Wahl 2011 in die Wege geleitet wurden. "Dies hat uns Blut und Tränen gekostet, doch das Schiff ist nicht untergegangen", erklärte Rajoy. Er betonte, dass immer noch 5 965 400 Spanier arbeitslos sind und dass der Schwerpunkt seiner Regierung im Abbau der Arbeitslosigkeit liege, indem ein Reformprogramm der "2. Generation" auf den Weg gebracht würde und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen gefördert und so Wachstum und Beschäftigung unterstützt würden. Am 23. Februar 2013 protestierten tausende Spanier in Madrid gegen die Sparmaßnahmen und gegen Korruption. Spaniens Regierung, die angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Rezession angeschlagen ist, muss sich zudem mit massiven Korruptionsvorwürfen und politischen Skandalen auseinander setzen... [Fortsetzung](#)

Zypern: Banken benötigen voraussichtlich 8,86 Milliarden Euro



Entsprechend einer Schätzung der Investmentagentur Pimco, die am 22. Februar 2013 von der offiziellen Agentur CNA veröffentlicht wurde, könnten zypriotische Banken 8,86 Milliarden Euro benötigen, um Zypern vor dem Bankrott zu bewahren. Das Land ist sehr stark von der Krise in Griechenland betroffen. Die Investmentagentur Pimco ist von der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds beauftragt worden, den Bedarf der zypriotischen Banken zu evaluieren. Zypern hat einen Antrag auf die Bereitstellung von Hilfgeldern an die Troika gestellt, um den Bankrott zu verhindern. Die Bewertung der Investmentagentur Pimco umfasst den Bedarf der Bank of Cyprus und der Cyprus Popular Bank, wie auch der Hellenic Bank, der Greek Alpha Bank Cyprus, der Eurobank Cyprus und den Bedarf von Kreditgenossenschaften in Höhe von ca. 63%. Auf Verlangen der Troika hat Zypern bereits umfangreiche Sparpläne verabschiedet in Höhe von 7,25% des BIP für die kommenden 4 Jahre... [Fortsetzung](#)

Großbritannien: Verlust der Top-Bonität



Erstmals seit 1978 wurde Großbritannien durch eine Rankingagentur (Moody's) die Top-Bonität AAA aberkannt. Aktuell besteht die Gefahr, dass die Wirtschaft des Landes in eine Rezession gerät. Nach Meinung von Experten wird die Abstufung jedoch voraussichtlich keine Auswirkungen an den Finanzmärkten haben. Am 22. Februar 2013 gab Moody's bekannt, dass die Bewertung für die Bonität Großbritanniens um einen Punkt auf "Aa1" herabgestuft wurde, aufgrund der Tatsache, dass weiterhin mittelfristig nur schwache Wachstumsaussichten bestünden. Moody's geht jedoch davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage des Landes in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts verbessern wird... [Fortsetzung](#)

Portugal: Regierung geht von Rezession in Höhe von 2% für 2013 aus



Am 20. Februar 2013 korrigierte der portugiesische Finanzminister Vitor Gaspar die Wirtschaftsaussichten Portugals für 2013 nach unten. In einer Anhörung vor dem Parlament erklärte er, dass das BIP Portugals 2013 voraussichtlich um 2% sinken wird (statt zunächst prognostizierten -1%). Als Konsequenz wird es ein Jahr länger dauern, um das Defizit des Landes abzubauen. Der Minister hofft auf ein Entgegenkommen der Troika (Kommission, IWF, EZB) bei dem nächsten Treffen, das für den 25. Februar 2013 vorgesehen ist und auf dem die weiteren Fortschritte der Umsetzung der Reformen in Portugal bewertet werden sollen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Binnenmarktanzeiger

Entsprechend der Übersicht, die die Europäische Kommission am 19. Februar 2013 veröffentlichte (Binnenmarktanzeiger) haben die



Mitgliedstaaten trotz schwieriger Bedingungen besser den je europäisches Recht in nationales Recht umgesetzt. Dem Binnenmarkt fällt bei der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation in Europa eine Schlüsselrolle zu, er ist jedoch kein Selbstläufer: Die rechtzeitige Umsetzung von Rechtsvorschriften ist eine Grundvoraussetzung, damit die politischen Ziele der Richtlinien erreicht werden. Das durchschnittliche Umsetzungsdefizit - d. h. der Prozentsatz der nicht fristgerecht in nationales Recht umgesetzten Binnenmarktrichtlinien - ist von 6,3% im Jahr 1997 auf den neuen Tiefststand von 0,6 % in 2012 gesunken. Irland, Malta, Estland und Schweden schneiden entsprechend der Übersicht am besten ab- sie haben die meisten EU-Vorgaben in nationales Recht umgesetzt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Weniger Passivrauch in der Europäischen Union



Entsprechend eines Berichts, den die Europäische Kommission am 22. Februar 2013 veröffentlichte, hat sich der Schutz vor Zigarettenqualm in der Union enorm verbessert. Im Jahr 2012 waren nur noch 28% der europäischen Bürger in Cafés und Restaurants Zigarettenqualm ausgesetzt, 2009 waren es noch 46%. Entsprechend des Berichts gab es entgegen der Befürchtungen keine Einbrüche in der Gastronomie trotz der Einführung von Rauchverböten in Bars und Restaurants, mittel- bis langfristig sind keinerlei wirtschaftlichen Auswirkungen festzustellen. Der Bericht prangert die verspätete Umsetzung des Rauchverbots in einigen Mitgliedsländern an, die auch heute noch keinen umfassenden Rechtsrahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung aufweisen oder die Rechtsvorschriften nicht konsequent umsetzen... [Fortsetzung](#)

Freihandelsabkommen mit den USA nicht zu jedem Preis



Am 21. Februar 2013 erläuterte der EU-Handelskommissar Karel De Gucht vor dem Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments die Vorteile der Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA. Die Abgeordneten befürworteten den Beginn der Verhandlungen, sie stellten jedoch klar, dass es kein Abkommen um jeden Preis geben dürfe. Am 15. Februar 2013 erbat die Europäische Kommission gegenüber dem Rat die Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen für Waren und Dienstleistungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Parlament :

Einigung bezüglich "Two-Pack": Stärkung der Haushaltsdisziplin in der Eurozone



Am 20. Februar 2013 einigten sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Europäische Kommission auf Regelungen im Rahmen des sogenannten "Two-Pack" betreffend schnellerer Sanktionen für Länder, die die vorgegebenen Ziele zum Abbau des Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung nicht einhalten (in diesem Bereich gab es bereits 2011 durch Regelungen des sogenannten "Six-Pack" verschärfte Sanktionen). Die Mitgliedstaaten sind nunmehr verpflichtet, ihre Haushaltsentwürfe vor der Verabschiedung durch die nationalen Parlamente in Brüssel vorzulegen und prüfen zu lassen. Die Kommission prüft den Haushaltsentwurf, sie besitzt jedoch kein Vetorecht. Falls den Empfehlungen der Kommission nicht gefolgt wird, kann sie im Falle eines exzessiven Defizits mit finanziellen Sanktionen drohen. Im Gegenzug zur Stärkung der Haushaltsdisziplin konnte das Parlament Zustimmung für Wachstumsmaßnahmen erreichen. Während der nächsten Sitzungswoche im März 2013 muss das Europäische Parlament über die Einigung abstimmen... [Fortsetzung](#)

Mario Draghi diskutiert mit europäischen Abgeordneten über Rolle der Banken



Am 18. Februar 2013 erklärte der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, vor den Mitgliedern des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments, dass "für die Wirtschaft der Eurozone die Gefahr von Inflationsblasen weiterhin existiert und [dass] mögliche Auswirkungen des Eurowechselkurses auf die Inflation überwacht werden müssen". Der Wechselkurs dürfe nicht

erneut gesenkt werden. Mario Draghi betonte zudem, dass die Banken zur Überwindung der Krise ein starkes einheitliches Überwachungssystem mit einheitlichen Regelungen bräuchten. Die europäischen Abgeordneten forderten die EZB auf, mehr Kredite für die Realwirtschaft bereit zu stellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament schlägt neue Sitzverteilung vor



Am 19. Februar 2013 diskutierte der Ausschuss für Verfassungsfragen des Europäischen Parlaments über die Neuverteilung der Sitze im Europäischen Parlament, über die aufgrund des Beitritts Kroatiens neu entschieden werden muss. Der Vertrag von Lissabon sieht eine Höchstzahl an Europäischen Abgeordneten von 751 Abgeordneten vor. Die Europäischen Abgeordneten haben einen Vorschlag vorgelegt, nachdem kein Staat mehr als einen Sitz verlieren wird, jedoch wird auch kein Staat mehr Sitze erhalten. 12 Mitgliedstaaten müssten demnach auf einen Sitz verzichten (Rumänien, Griechenland, Belgien, Portugal, Tschechien, Ungarn, Österreich, Bulgarien, Irland, Kroatien, Litauen und Lettland). Der Vorschlag wurde im Ausschuss mit 21 Stimmen angenommen, es gab eine Enthaltung. Deutschland wird 3 Sitze verlieren, die Übergangslösung für den Zeitraum 2009-2014 wird auslaufen. Kann diese Lösung eine gerechte Repräsentation gewährleisten?.. [Fortsetzung](#)

Rat :

Wachstum, Stahlindustrie, Forschung als Themen beim Ratstreffen Wettbewerb



Am 18. und 19. Februar 2013 diskutierten die 27 EU-Wettbewerbsminister (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) über den jährlichen Wachstumsbericht 2013, der Gegenstand des kommenden Europäischen Rates am 14. und 15. März 2013 sein wird. Die Minister sprachen zudem über den europäischen Stahlsektor, der einer der am stärksten von der Krise betroffenen Sektoren ist. Ein weiteres Thema waren die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Stärkung des Unternehmergeistes in der EU ("Unternehmerschaft 2020"). Bezüglich Forschung und Wissenschaft wurde der freie Zugang zu wissenschaftlichen Informationen für Projekte diskutiert, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Abschließend wurden die Fortschritte der gemeinsamen wissenschaftlichen Programme besprochen, wie auch die Fortschritte des Projekts ITER... [Fortsetzung](#)

Biokraftstoffe und europäischer Energiemarkt



Am 22. Februar 2013 diskutierten die 27 EU-Energieminister über den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur Verbreitung von Biokraftstoffen mit einem reduziertem Ausstoß von Treibhausgasen. Das Europäische Parlament soll im Juli 2013 über den Vorschlag abstimmen. Die Minister diskutierten zudem über die konkrete Ausgestaltung des europäischen Energiemarktes, der 2014 vollendet werden soll und für dessen Konkretisierung verstärkt die Bürger einbezogen werden sollen... [Fortsetzung](#)

Einheitliches Patentgericht für europäisches Patent



Am 19. Februar 2013 wurde das internationale Abkommen zur Schaffung eines einheitlichen Gerichtsstands für das europäische Patent unterzeichnet, das über die Einhaltung der Rechtsvorschriften zum europäischen Patentrecht in sämtlichen teilnehmenden Mitgliedstaaten wachen wird. Das Patentgericht hat drei Hauptaufgaben: Die Vermeidung zunehmender Streitigkeiten vor nationalen Gerichten, die Vermeidung widersprüchlicher Urteile und die Reduzierung von Kosten im Zusammenhang mit Patenten. Das Abkommen muss nun in dreizehn Mitgliedstaaten ratifiziert werden, bevor es in Kraft treten kann... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Maßnahmen für Landwirtschaft auf Inseln und Überseegebieten

Am 25. Februar 2013 stimmten die 27 EU-Landwirtschaftsminister für spezifische Regelungen für Überseegebiete der Europäischen Union, wie auch für die Ägäis. Die Regelungen basieren auf einer Einigung mit dem Europäischen Parlament. Sie sollen die Landwirtschaft in diesen speziellen Gebieten unterstützen, die mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert



sind, wie beispielsweise die geringe Fläche und die demographische Entwicklung, ihre Entfernung vom Festland und der geringe Kontakt zum europäischen Kontinent... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Ergebnisse des Ratstreffens Auswärtige Angelegenheiten



Am 18. Februar 2013 gaben die 27 EU-Außenminister ihre formale Zustimmung für die Mission in Mali zur Ausbildung malischer Soldaten. Ziel der Mission ist eine Unterstützung des Aufbaus und der Reorganisation der malischen Streitkräfte. Die Minister sprachen sich darüber hinaus für den Vorschlag des Präsidenten der syrischen Opposition, Moaz al-Khatib, aus, der die Wiederaufnahme des politischen Dialogs vorgeschlagen hat. Die Europäische Union gab zudem bekannt, dass sie den Nukleartest Nordkoreas vom 12. Februar 2013 auf das Schärfste verurteilt und dass sie ein sofortiges Ende der Tests fordert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Erneuerte "Nördliche Dimension"



Am 18. Februar 2013 trafen sich zum 3. Mal die Außenminister der Nordstaaten Island, Norwegen und Russland mit Vertretern der Europäischen Union als Gruppe der "Nördlichen Dimension". Die Teilnehmer betonten die Bedeutung der Treffen für Stabilität und Kooperation innerhalb Nordeuropas. Die Minister betonten ebenso die Bedeutung der Treffen für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Inhalt der Gespräche war auch eine Ausweitung der Kooperation auf die Regionen des Baltikums und der Barentssee. Die Teilnehmer sprachen über die bisher erreichten Fortschritte in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Europarede von Bundespräsident Joachim Gauck



Am 22. Februar 2013 sprach sich der Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Europarede für eine verstärkte europäische Integration aus. Er forderte eine Verdoppelung der Anstrengungen, um die europäische Einigung voran zu bringen. Vor 200 geladenen Gästen betonte er, dass das europäische Projekt in erster Linie von den Bürgern getragen werden müsse. Gauck betonte, dass Deutschland den übrigen EU-Ländern kein "Diktat" auferlegen wolle: "Nach meiner festen Überzeugung bedeutet 'mehr Europa' in Deutschland nicht ein deutsches Europa. Es bedeutet für uns ein europäisches Deutschland". Im Hinblick auf Großbritannien äußerte er den Wunsch, dass das Land Mitglied der Europäischen Union bleiben solle... [Fortsetzung](#)

Angela Merkel verteidigt den europäischen Haushalt vor dem Bundestag



In einer Regierungserklärung vor den Abgeordneten des Bundestags forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, für den Haushalt 2014-2020 zu stimmen, der auf dem Europäischen Rat am 7. und 8. Februar 2013 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet worden ist. Aufgrund der Regelungen im Vertrag von Lissabon muss das Europäische Parlament dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU für dessen Inkrafttreten seine Zustimmung erteilen... [Fortsetzung](#)

Bundesregierung wirbt in einem Film für die Europäische Union



Seit einigen Tagen können deutsche Kinobesucher einen ungewöhnlichen Werbefilm sehen: Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament einen Kurzfilm mit 50 Sekunden Spieldauer produziert, um

die Vorteile der europäischen Einigung deutlich zu machen. Der Film verbreitet die Botschaft, dass gemeinsam alle Schwierigkeiten überwunden werden können. Die europäische Einigung steht für Frieden, Freiheit und Wohlstand... [Fortsetzung](#)

Bulgarien :

Rücktritt der bulgarischen Regierung



Am 20. Februar 2013 gab der bulgarische Premierminister Boiko Borissov vor dem Parlament den Rücktritt seiner Regierung bekannt. Seit einigen Tagen gab es Massenproteste der Bevölkerung gegen die Erhöhung der Stromtarife. Die Demonstranten werfen der Politik "mafiose Verbindungen" zu den Energieunternehmen vor. Boiko Borissov erklärte zum Rücktritt: "Wir haben Ehre und Anstand. Das Volk hat uns die Macht anvertraut, heute geben wir sie zurück". Am 21. Februar 2013 nahm das bulgarische Parlament den Rücktritt an mit 209 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Parteien sprachen sich gegen eine Übergangsregierung aus, so dass im Frühjahr Neuwahlen stattfinden werden, wie der bulgarische Präsident, Rossen Plevneliev, bekannt gab... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

François Hollande in Athen



Der französische Präsident François Hollande ist am 19. Februar 2013 nach Griechenland gereist. Auf einer Pressekonferenz mit dem griechischen Premierminister Antonis Samaras gab Hollande bekannt, dass die von seiner Regierung für 2013 prognostizierten 0,8% Wachstum für Frankreich nicht erreicht werden könnten. Griechenland und Frankreich betonten, dass beide Länder durch freundschaftliche Beziehungen verbunden sind. Es wurden wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, insbesondere in den zu privatisierenden Bereichen (Verkehr, Flughäfen, Energie, etc.). Der französische Präsident traf 40 griechische Unternehmenschefs. Frankreich machte ein Angebot zur Bereitstellung von Fremdeinschiffen zur Suche von Erdölvorkommen in der Ägäis, um so die Position Griechenlands im Energiesektor zu stärken... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gesetzentwurf für Bankenreform



Am 19. Februar 2013 stimmten die Abgeordneten in erster Lesung mit 315 gegen 161 Stimmen für den Gesetzentwurf zur Bankenreform. Die Regelungen sind im Vergleich zu den Ankündigungen des französischen Präsidenten im Wahlkampf abgeschwächt, sie bleiben auch hinter den Vorgaben des vor einigen Monaten veröffentlichten Liikanen-Berichts der Europäischen Kommission zurück. Das Gesetz sieht eine Trennung zwischen den allgemeinen Bankgeschäften und dem Investmentgeschäft vor. Der Text muss ab dem 18. März 2013 vom französischen Senat geprüft werden... [Fortsetzung](#)

Zum 50. Mal Internationale Landwirtschaftsmesse in Paris



Bis zum 3. März 2013 findet zum 50. Mal der "Salon International de l'Agriculture" (die Internationale Landwirtschaftsmesse) in Paris statt. Wie jedes Jahr trifft sich die gesamte Landwirtschaftsbranche zur Vorstellung ihrer Produkte. Das 50jährige Bestehen wird in diesem Jahr unter dem Motto "Landwirtschaft als Herzensangelegenheit" gefeiert... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Lettland will 2014 der Eurozone beitreten



Am 22. Februar 2013 gab der lettische Premierminister Valdis Dombrovskis bekannt, dass sein Land im März 2013 einen formellen Antrag bei der Europäischen Kommission stellen wird, um der Eurozone beizutreten. Lettland wird im Falle der Euroeinführung zum 1. Januar 2014 das 18. Mitglied der Eurozone werden. Dombrovskis erklärte vor dem Parlament, dass Lettland bei der Europäischen Kommission einen Bericht beantragen wird, der die Einhaltung der Konvergenzkriterien aus dem

Maastrichtvertrag bestätigt. Nach Aussage des Premierministers wird die Einführung des Euro zu einer Zunahme von Investitionen führen, wie auch zu einer Reduzierung der Kreditzinsen und zu geringeren Transaktionskosten. Der Finanzminister Andris Vilks präzisierte im folgenden, dass Riga den Antrag am 4. März 2013 bei der Kommission einreichen wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Polnisches Parlament stimmt für Ratifizierung des Fiskalpaktes



Am 20. Februar 2013 stimmten die Abgeordneten des polnischen Parlaments (Sejm) mit 282 gegen 155 Stimmen für die Ratifizierung des Fiskalpaktes. Der polnische Präsident Bronislaw Komorowski muss entsprechend der Entscheidung des Parlaments die Ratifizierung vornehmen, wodurch Polen zum 17. Staat wird, der den Fiskalpakt ratifiziert. Der polnische Finanzminister Jacek Rostowski sagte anlässlich der Abstimmung, dass Polen durch die Beteiligung am Fiskalpakt sein Gewicht in der Europäischen Union stärke. Die Robert Schuman Stiftung hat ihre Übersichtstabelle mit dem Stand der Ratifizierung in den betroffenen EU-Mitgliedsländern aktualisiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Regierungsumbildung in Polen



Am 20. Februar 2013 gab der polnische Ministerpräsident Donald Tusk eine "kleine, aber interessante" Umbildung der Regierung bekannt. Der polnische Finanzminister Jacek Rostowski soll stellvertretender Premierminister werden, er wird jedoch auch weiterhin Finanzminister bleiben. Den Posten des polnischen Innenministers, den derzeit Jacek Cichocki inne hat, soll Jaroslaw Sienkiewicz übernehmen. Der polnische Premierminister kündigte darüber hinaus eine größere Regierungsumbildung für Mitte des Jahres an, da einige Minister bereits seit fast 6 Jahren ihr Amt ausüben würden... [Fortsetzung](#)

Treffen von elf europäischen Außenministern in Danzig



Auf Einladung des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski trafen sich am 20. Februar 2013 elf europäische Außenminister der sogenannten Visegrad-Gruppe, bestehend aus den nordischen und baltischen Staaten, in Danzig (Slowakei, Tschechien, Ungarn, Schweden, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Estland, Lettland und Litauen). Die Minister sprachen über Möglichkeiten im Kampf gegen die Wirtschaftskrise, wie auch über eine Zusammenarbeit für eine europäische Energiepolitik und Möglichkeiten der Stärkung der europäischen Wettbewerbsposition. Die Partnerschaft mit östlichen Staaten soll 2013 gestärkt werden... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Außenhandelsüberschuss mit der Ukraine



Am 22. Februar 2013 veröffentlichte Eurostat neueste Daten, nach denen die Europäische Union 2012 im Warenverkehr mit der Ukraine einen Überschuss in Höhe von 9,3 Milliarden Euro erwirtschaftete. Der Handel mit der Ukraine repräsentiert 1% des gesamten Außenhandels der Europäischen Union; die Ukraine befindet sich auf Platz 22 in der Liste der Außenhandelspartner der EU. Innerhalb der EU haben Deutschland, Polen und Italien die meisten Handelsbeziehungen zur Ukraine... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

"Le Parlement", Studie zum Bild des Europäischen Parlaments



Eurobarometer hat soeben eine aktuelle Studie zum Europäischen Parlament veröffentlicht namens "Parlemètre". Es wurden 26739 europäische Bürger befragt. Entsprechend der Umfrage bereitet die aktuelle Wirtschaftskrise den Bürgern die meisten Sorgen. 51% der Befragten (+7% im Vergleich zu 2006) gaben an, sich für die europäischen Angelegenheiten zu interessieren. Das Bild des Europäischen Parlaments ist im Laufe des letzten Jahres wie auch im Zeitraum 2007 bis 2012 quasi gleich geblieben: die größte Gruppe der Befragten (43%, +2% im Vergleich zu 2007)

hat ein gleichbleibend neutrales Bild vom Europäischen Parlament. 75% der Befragten denken, dass das Europäische Parlament eine wichtige Rolle spielt und 54% wünschen sich für die Zukunft eine noch wichtigere Rolle als derzeit für das Europäische Parlament... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Umfrage zur europäischen Bürgerschaft



Nach den Ergebnissen einer aktuellen Umfrage von Eurobarometer zur europäischen Bürgerschaft, die am 19. Februar 2013 veröffentlicht wurden, kennen 46% der Befragten die Bedeutung des Status "Bürger der Europäischen Union". 36% gaben an, dass sie umfassend über ihre Rechte als europäische Bürger informiert würden, 88% wussten, dass sie frei wählen können, in welchem Land der EU sie leben möchten. Insgesamt kannten die meisten Befragten den Großteil ihrer Rechte als Bürger der Europäischen Union, insbesondere das Recht, sich direkt an die EU-Institutionen zu wenden (89%), das Recht auf Bewegungsfreiheit (88%), das Recht auf Nichtdiskriminierung aufgrund von Nationalität (82%), das Recht auf konsularische Betreuung (79%) und das Recht auf Beteiligung und Start einer europäischen Bürger(innen)initiative (73%)... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Italien unter Mario Monti: Reformen im Namen Europas



Kurz vor den Wahlen in Italien am 24. und 25. Februar 2013 veröffentlicht das Unternehmensinstitut in Frankreich eine Studie zum Thema "'L'Italie de Mario Monti : la réforme au nom de l'Europe'" ("Italien unter Mario Monti: Reformen im Namen Europas"), wobei Frankreich nach Meinung des Autors Alain Fabre einige Rückschlüsse aus den italienischen Reformen ziehen kann. Mehr als Deutschland verkörpere Italien das Beispiel für das Austarieren von Reformpolitik und Wachstumsstrategien innerhalb der Eurozone. Basierend auf einer historisch-ökonomischen Analyse der Situation in Italien kommt der Autor zu dem Schluss, dass ein Teil der Reformen noch konsolidiert werden müsse. Die Frage sei, ob Italien - wie auch immer die Wahlen ausgehen werden - in der Lage ist, den "technischen" Ansatz Montis in politisches Kapital umzuschlagen... [Fortsetzung](#)

Sparmaßnahmen führen zu geringeren Waffenverkäufen



Im Jahr 2011 kam es aufgrund der Sparmaßnahmen in vielen Staaten erstmals seit fast 20 Jahren zu einem Rückgang der Waffenverkäufe innerhalb der Gruppe der 100 größten Waffenproduzenten (weltweit - ohne China), wie das Friedensforschungsinstitut Sipri in Stockholm am 18. Februar 2013 bekannt gab. Unter Berücksichtigung der Inflation ging der Umsatz dieser 100 Produzenten durchschnittlich um 5% zurück im Vergleich zum Vorjahr... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in der Europäischen Union



Der Verlag Lextenso veröffentlicht die 4. Auflage des Buchs von François Souty mit dem Titel "Le droit et la politique de la concurrence de l'Union européenne" ("Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in der Europäischen Union"). Der Autor analysiert die Entwicklungen in diesem Bereich seit 1957. Durch seine Analyse zeigt Souty, dass die Wettbewerbspolitik nicht allein der Befriedigung finanzieller Interessen dient, sondern ebenso den Bürgern, Konsumenten, Angestellten, Produzenten und Händlern zugute kommt... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Palais des Beaux-Arts in Brüssel ehrt Francis Bacon

Das Museum "Palais des Beaux-Arts" in Brüssel zeigt vom 28. Februar bis zum 19. Mai 2013 die Ausstellung "Changing States: Contemporary Irish Art & Francis Bacon's Studio". Unvollendete Arbeiten aus dem Atelier Francis Bacon werden den Werken anderer irischer Künstler



gegenüber gestellt, die ab dem Jahr 2000 entstanden sind. Die Werke thematisieren beispielsweise den Platz des Individuums in ideologischen Systemen unserer Zeit oder den künstlerischen Entstehungsprozess. Die Ausstellung umfasst Werke der umfassenden Sammlung des Irischen Museums für Moderne Kunst und aus der "Hugh Lane" in Dublin... [Fortsetzung](#)

Wiedereröffnung der Kunstkammer in Wien



Am 1. März 2013 wird die Wiener Kunstkammer wiedereröffnet. In der Kunstkammer werden seltene Werke aus der königlichen Schatzkammer präsentiert, wie auch Kuriositäten aus der Sammlung der Habsburger. Es handelt sich um eine der berühmtesten Kunstkammern weltweit, die wertvolle Objekte aus dem Mittelalter, der Renaissance und dem Barock umfasst... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Marc Chagall, d'une guerre l'autre"



Das Marc Chagall Museum in Nizza feiert sein 40jähriges Bestehen mit einer Sonderausstellung mit dem Titel "Marc Chagall, d'une guerre l'autre" ("Marc Chagall, von einem Krieg zum nächsten"). Die Ausstellung, die bis zum 20. Mai 2013 geöffnet ist, zeigt Werke Chagalls aus der Zeit zwischen den Weltkriegen. Schwerpunkt der Ausstellung sind die wenig bekannten, jedoch sehr intimen Zeichnungen des Künstlers. Zu sehen sind über sechzig Zeichnungen, Gouachen und Collagen Chagalls... [Fortsetzung](#)

"J'ai rêvé le beau": Felix Ziem im Petit Palais



Der Petit Palais in Paris zeigt bis zum 4. August 2013 über 100 Werke aus der Schenkung Ziem (Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen), die unter dem Titel "J'ai rêvé le beau" präsentiert werden. Der Künstler ist vor allem für seine Meeres- und Landschaftsbilder mit den Motiven Venedig und Konstantinopel bekannt. Felix Ziem gilt als Vorreiter des Impressionismus, dessen Werke sehr häufig Himmel und Wasser in leuchtenden Landschaftskompositionen abbilden, die ihn bekannt machten. Die Ausstellung zeigt außerdem seine Reisetagebücher, wie auch seine Skizzen und Kopien italienischer und holländischer Meister... [Fortsetzung](#)

Agenda :



24.-25. Februar
Parlaments- und Senatswahlen in Italien



25. Februar
Brüssel
EU-Ukraine-Gipfel



25.-26. Februar
Ratstreffen "Landwirtschaft-Fischerei"



28. Februar
Brüssel
Ratstreffen "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher"



4. März
Brüssel
Treffen der Finanzminister der Eurozone



5. März
Brüssel
Ratstreffen "Wirtschaft-Finzen"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Pierre Thibaudat ;
Fanny Cohen, Clara Coornaert, Victor Delage, Louis Hancisse,
Bettina Mecklenburg, Gaudérique Traub

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}